Stand: 12.07.2025 03:15:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23760

"Reha-Land Bayern sichern und stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23760 vom 20.07.2022
2. Beschluss des Plenums 18/23802 vom 21.07.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 122 vom 21.07.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 20.07.2022 **Drucksache** 18/**23760**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Reha-Land Bayern sichern und stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Coronahilfen für Reha-Kliniken in bestehender Form weitergeführt werden, sowie dass der § 111 des SGB V (Fünftes Buch Sozialgesetzbuch) für epidemische Sondersituationen entfristet wird. Bis dahin wird die Staatsregierung aufgefordert, die am 30.06.2022 ausgelaufenen Mindererlösausgleiche und Hygienezuschläge für Reha-Einrichtungen aus Mitteln des Freistaates – zumindest bis zum Ende der Coronapandemie – zu kompensieren. Darüber hinaus soll die Staatsregierung einen Bericht vorlegen, in dem die aktuelle finanzielle und organisatorische Situation der Rehabilitations-Kliniken in Bayern untersucht sowie Vorschläge zur nachhaltigen Sicherung der sekundär- und tertiärpräventiven stationären Versorgung im Freistaat unterbreitet werden.

Begründung:

Die vom Bund gezahlten Coronahilfen für Rehabilitations-Einrichtungen, bestehend aus Mindererlösausgleichen und Hygienezuschlägen, sind mit dem 30.06.2022 ausgelaufen. Erlösrückgänge durch eine Minderbelegung von teils 20 Prozent aufgrund von coronebedingten Belegungsschwankungen und gleichzeitige Kostensteigerungen von über 10 Prozent sind für Kliniken schwer zu stemmen. Damit die Reha-Kliniken und somit die sekundär- und tertiärpräventive stationäre Versorgung im Freistaat gesichert werden kann, braucht es jetzt eine schnelle Zwischenlösung und -finanzierung.

Die Reha-Landschaft im Bayern muss nachhaltig gestärkt werden. Hierzu soll die Staatsregierung einen Bericht vorlegen, der sowohl die aktuelle Situation der Rehabilitationseinrichtungen untersucht als auch Handlungsmöglichkeiten zum Aufbau einer langfristigen Stärkung der rehabilitativen Versorgung in Bayern aufzeigt.

Schließlich sind die Träger aktuell nicht nur durch die pandemische Situation belastet, auch die grassierende Inflation macht den Leistungserbringern zu schaffen. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass die Kostenträger zeitnah in Nachverhandlungen der Tagessätze einsteigen. Die Rehabilitationseinrichtungen in Bayern leisten einen wichtigen Beitrag, der mit allen Mitteln unterstützt werden muss.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 21.07.2022 **Drucksache** 18/**23802**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**
Drs. 18/**23760**

Reha-Land Bayern sichern und stärken

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Dr. Dominik Spitzer
Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Christina Haubrich
Abg. Susann Enders
Abg. Andreas Winhart
Abg. Ruth Waldmann
Staatsminister Klaus Holetschek

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)
Rehakliniken stärken, finanzielle Sicherheit gewähren, Beschäftigte unterstützen (Drs. 18/23713)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Reha-Land Bayern sichern und stärken (Drs. 18/23760)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Bernhard Seidenath für die CSU-Fraktion das Wort. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem heutigen Dringlichkeitsantrag heben wir ein Thema aufs Schild, das wirklich dringlich ist. Unsere Rehakliniken sind in Not. Die zwei Jahre Corona mit dem Wegfall planbarer Eingriffe haben ihnen sehr zugesetzt, und aktuell sind es nun die enorm gestiegenen Kosten für Lebensmittel und Energie. Dazu kommt, dass es wegen der hohen Energiekosten für die Häuser immer schwieriger wird, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten, die von weiter her kommen. Diese suchen sich etwas Wohnortnahes, und aufgrund des immensen Fachkräftemangels finden sie dort in aller Regel auch etwas.

Unsere Reha-Landschaft ist ein elementares Qualitätsmerkmal unseres Gesundheitssystems. Um nach der Akutbehandlung schnell wieder fit zu werden, bedarf es rehabilitativer Maßnahmen, und mit 230 Einrichtungen sind wir damit in Bayern gut ausgestattet. Bayern ist Reha-Land Nummer 1, und das ist im Interesse der Patientinnen und Patienten auch gut so. Sie stehen im Mittelpunkt, um sie geht es. Deshalb brauchen wir leistungsfähige Einrichtungen der Rehabilitation, sei es, um nur zwei Bereiche zu nennen, im orthopädischen oder im neurologischen Bereich. Explizit seien hier

auch die Einrichtungen der Rehabilitation für Kinder und Jugendliche genannt und die geriatrische Reha, die ebenfalls von unschätzbarem Wert ist. Wir waren und sind hier bisher ganz gut – bei der geriatrischen Reha eher passabel – aufgestellt, doch das ist nun akut in Gefahr. Corona hat den Häusern zugesetzt.

Wir haben gemeinsam versucht, die Mindererlöse, die durch weniger Patientinnen und Patienten entstanden sind, und die Mehraufwendungen durch Hygienemaßnahmen, Testungen, Schutzmasken, Neuordnung der Speiseversorgung, verstärkte Desinfektion etc. auszugleichen und so die Reha-Einrichtungen über Wasser zu halten. Diese Hilfen sind nun aber auf Bundesebene vor drei Wochen, am 30. Juni 2022, komplett ausgelaufen, obwohl Corona noch nicht vorbei ist und weiterhin zum Beispiel Schutzausstattung notwendig ist. Sie sind ausgelaufen, obwohl nun neben Corona die nächste Katastrophe massive Auswirkungen auf die einzelnen Häuser hat, nämlich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine mit seinen Folgen der hohen Energie- und Lebensmittelkosten. Diese Kosten müssen die Einrichtungen bisher komplett alleine tragen. Rücklagen, aus denen die Kosten abgepuffert werden könnten, haben die Kliniken nicht mehr. Es ist eine existenzielle, eine existenzbedrohende Situation entstanden, und dies für einen ganzen Zweig unseres Gesundheitswesens. Es ist ernst.

In dieser Phase ist nötig, was in Katastrophen immer von Vorteil ist: Wir müssen zusammenstehen. Wir müssen alle gemeinsam den unterstützen, der unverschuldet in Not geraten ist. Genau dem dient unser heutiger Dringlichkeitsantrag, der wirklich dringlich ist: Rehakliniken stärken – wir hätten besser formulieren müssen: Rehakliniken erhalten –, finanzielle Sicherheit gewähren, Beschäftigte unterstützen.

Wir fordern die Staatsregierung auf, sich weiterhin für diesen wichtigen Zweig unseres Gesundheitswesens und für die nachhaltige Stärkung der Rehaklinik-Landschaft einzusetzen. Das bedeutet konkret, dass zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen auf Bundesebene Schritte erforderlich sind, die ich gleich nennen werde: Erstens. Eine Verlängerung der Corona-Hilfen bei Minderbelegung bis 23. September 2022 und darüber hinaus in pandemischen Lagen. Zweitens. Eine Weitergewährung des Hygie-

nezuschlags pro Behandlungstag; er ist seit drei Wochen ausgelaufen. Drittens. Die Etablierung eines Nothilfeprogramms für Investitionen durch ein KfW-Programm, um sowohl betrieblich-organisatorische als auch technische Anpassungsmaßnahmen durchführen zu können. Viertens. Eine Förderung von Programmen zur psychosozialen Entlastung von Mitarbeitenden in Rehakliniken wie in anderen Bereichen im Gesundheitswesen auch, insbesondere in den unmittelbar patientenversorgenden Berufsgruppen.

Dabei wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die Einrichtungen der Kinder- und Jugend-Reha richten, ebenso auf die Angebote der geriatrischen Reha, die für die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit von unschätzbarem Wert sind. Sie sind aber, und das sei hier auch genannt, seit Jahren seitens der Kostenträger unterfinanziert. Auch das ist eine Baustelle, die wir noch angehen müssen.

Unsere Reha- und Vorsorgeeinrichtungen leisten einen wichtigen und notwendigen Beitrag für die Versorgung der Menschen. Die großen Häuser wie auch die kleinen Häuser, die privaten, die kommunalen, die gemeinnützigen und auch die Eltern-Kind-Einrichtungen, sie alle zusammen müssen Maßnahmen für die gesamte Reha-Landschaft erhalten, für die mehr als 120.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für die jährlich rund 1,6 Millionen großen und kleinen Patientinnen und Patienten.

Die Inanspruchnahme von Reha-Leistungen ist aufgrund der Pandemie weiterhin stark schwankend. Dieser Belegungsrückgang ist wirtschaftlich nicht kalkulierbar. Es besteht eine direkte Abhängigkeit vom Infektionsgeschehen im Krankenhaus. Eine existenzbedrohliche Situation entsteht dadurch, dass durch die weiterhin umfangreichen und notwendigen Hygienemaßnahmen nicht alle Betten ausgelastet werden können. Patienten mit Corona-Infektionen müssen kurzfristig absagen oder während der Reha-Maßnahme sogar entlassen werden. Erste Einrichtungen, etwa im Landkreis Freyung-Grafenau, haben aus eben diesen Gründen bereits geschlossen. Experten befürchten, dass Hunderte weitere Einrichtungen deutschlandweit folgen werden. Das darf nicht

passieren, um die Versorgung der Menschen nach Unfällen und Krankheit sicherzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Rehakliniken sind ein Pfeiler im Versorgungssystem, getragen von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das muss auch so bleiben. Es reicht nicht, die einzelnen Reha-Einrichtungen für einen Inflationsausgleich auf die Entgeltverhandlungen mit den Kostenträgern zu verweisen. Da würden die Einrichtungen den Kürzeren ziehen. Wir müssen den Einrichtungen unter die Arme greifen, allen, und wir müssen das durch Vorgaben tun, die möglichst bundesweit erfolgen.

Mit unserem Dringlichkeitsantrag ist alles gesagt. Wir haben die Situation auf den Punkt gebracht. Auch Bayern hat seine Verantwortung für die Rehakliniken wahrgenommen. Schon in der extrem schwierigen Phase im Sommer und Herbst 2020 hat Bayern den Einrichtungen unter die Arme gegriffen. Seither gab es andere Rettungsmechanismen, die der Bund nun hat auslaufen lassen. Ich kann hier nur feststellen: In Berlin fehlt ganz offenbar das Problembewusstsein.

Die Regierungskoalition in Berlin ist sich der Probleme unserer Reha-Einrichtungen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter offenbar nicht bewusst. Die Belange Bayerns liegen in einem Dunkelfeld der Zentralregierung in Berlin. Das zeigt sich auch hier wieder einmal, im Reha-Bereich. Da nutzt es auch nichts, wenn eine der Ampel-Parteien den Schwarzen Peter heute an den Freistaat Bayern zurückgeben möchte. Wenn es Ihnen, den Ampelfraktionen, ernst damit wäre, hätten Sie diesen Vorstoß in Berlin machen und mit den Ländern in Verhandlungen eintreten müssen.Stattdessen haben Sie die Hilfen einfach so auslaufen lassen; es ist hier angeblich alles wieder normal. – Aber das ist ein grotesker Trugschluss, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Ich glaube nicht, dass es Ihnen mit Ihrem Antrag wirklich ernst ist. Egal ob Sie nun ablenken oder den Freistaat hinhängen wollen, es geht Ihnen ganz offenbar nur um einen politischen Schachzug und nicht um die Menschen,

(Matthias Fischbach (FDP): Also! Das ist eine Unterstellung!)

nicht um die Patientinnen und Patienten, die Beschäftigten und die Träger der Einrichtungen; denn dann hätten Sie es anders aufgezogen. Dann wären Sie nicht erst aufgewacht, als Sie gestern Ihren nachgezogenen Antrag formuliert haben. Die Lage ist viel zu ernst für einen Parteienstreit. Bitte setzt euch in Berlin zusammen und versucht, die Probleme zu lösen! Wenn ihr seht, dass ihr das alleine nicht schafft, dann kommt auf die Länder zu!

Der richtige Weg, konsequent und aufrichtig wäre es aus meiner Sicht, wenn Sie unserem Antrag zustimmen würden, Ihren Antrag heute zurückziehen und ihn stattdessen an die Kolleginnen und Kollegen in Berlin schicken würden, damit die auch mal sehen, was hier in Bayern los ist und die Probleme erst einmal erkennen. Es brennt!

Unsere Reha-Einrichtungen haben unzähligen Menschen in unserem Land geholfen. Nun brauchen sie selbst Hilfe, und zwar schnell. Stimmen Sie bitte unserem Antrag zu, und setzen Sie ein Zeichen für die Reha-Einrichtungen und für die dort Beschäftigten!

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Kollege Dr. Dominik Spitzer. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Der Bund ist schuld, der Bund ist schuld! Die CSU schiebt es auf den Bund. – Und täglich grüßt das Murmeltier! Seit Monaten hören wir hier nichts anderes. Natürlich kann man als Bayerische Staatsregierung zuerst einmal die Hände in den Schoß legen und einfach mal abwarten – abwarten und die Verantwortung woanders suchen. Aber ist das Ihr Anspruch an eine verantwortungsvolle Politik in Bayern, im Reha-Land Nummer 1?

Herr Seidenath, ich stimme Ihnen völlig zu, wenn Sie die Rehakliniken als unabdingbar für die Versorgung einstufen. Genau deshalb ist eine finanzielle Kompensation aus bayerischen Mitteln aktuell auch nötig. Das eine tun und das andere nicht lassen – das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen die Rehabilitationseinrichtungen zukunftsfähig gestalten. Die durch die Corona-Pandemie entstandenen finanziellen Defizite sind von den Kliniken nur schwer zu stemmen; Sie hatten das gesagt. Ohne staatliche Hilfe – da bin ich auch bei Ihnen, und da erwarte auch ich von der Ampel im Nachschlag entsprechende Änderungen – wird es uns nicht gelingen, die Rehakliniken am Leben zu erhalten.

Uns würde ein sehr bedeutender Bereich der medizinischen Versorgung wegbrechen. Wir brauchen dringend eine Zwischenlösung, eine Zwischenfinanzierung. Ebenso sollte ein Bericht erstellt werden, wie die aktuelle Situation der Reha-Einrichtungen tatsächlich ausschaut und wie die rehabilitative Versorgung in Bayern langfristig gestärkt werden kann.

Schlussendlich sind Sie als Bayerische Staatsregierung nicht nur verantwortlich für das, was Sie tun, sondern auch für das, was Sie nicht tun.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächste Rednerin rufe ich die Kollegin Christina Haubrich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag zeigt gleich auf zwei Ebenen ganz beispielhaft, wie die CSU agiert: Zum einen ist die Staatsregierung permanent damit beschäftigt, marode Strukturen am Leben zu erhalten und sich vor wirklichen Reformen zu drücken, und zum anderen wird die eigene Verantwortung von der Staatsregierung nicht wahrgenommen und stattdessen wie immer nach Berlin gezeigt.

Die Finanzierung von Rehakliniken ist nicht erst seit der Pandemie marode. Statt immer nur Hilfspakete zu schnüren, braucht es umfassende Reformen, um unsere Rehakliniken und auch alle anderen Kliniken langfristig auf stabile Füße zu stellen.

Im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung ist deshalb auch die bedarfsgerechte Anhebung der Reha-Budgets fest verankert. Es ist absolut essenziell, die Gesundheitsversorgung sektorenverbindend zu denken. Das bedeutet, dass sich auch hier in Bayern etwas tun muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist unfassbar, dass der Krankenhausplan jedes Jahr einfach so fortgeschrieben wird und damit die Versorgungssicherheit, vor allem auf dem Land, gefährdet wird. Es ist wirklich an der Zeit, jetzt hier mutig voranzugehen, den Krankenhausplan zu einem Landesversorgungsplan weiterzuentwickeln, der Rehabilitationseinrichtungen und ambulante Pflegeeinrichtungen einschließt. So können wir das Gesundheitssystem der Zukunft bauen, anstatt immer nur mit Nothilfen irgendwelche Löcher zu stopfen.

Der Antrag lässt auch erkennen, dass sich die CSU nicht mit dem Finanzierungssystem der Rehakliniken beschäftigt hat; denn das System ist ein monistisches; das heißt, Betriebs- und Investitionskosten müssen über die Leistungen abgedeckt werden. Dazu rechnen die Einrichtungen unter anderem mit den Krankenkassen, der Deutschen Rentenversicherung, der Agentur für Arbeit und der Gesetzlichen Unfallversicherung ab. Das Bekenntnis der Koalition, die Reha-Budgets anzuheben, ist weitsichtiger und klüger, als immer nur neue Notfallprogramme aufzulegen. Genau das ist es, was die Ampelkoalition gerade verhandelt. Auch wir sind für die Fortführung der §§ 111 und 111c des SGB V. Wir können diesen Verhandlungen aber nicht vorgreifen.

Auch bei der psychosozialen Versorgung denken wir ganzheitlich. Niederschwellige Angebote bei psychischer Belastung und umfassende Gesundheitsfördermaßnahmen für das Gesundheitspersonal brauchen wir in allen Sektoren. Das ist unser Ziel. Diese Forderungen haben wir auch in unserem Corona-Präventionspaket für den Herbst

noch mal niedergeschrieben. Schon 2020 haben wir eine umfassende Präventionsstrategie für psychische Gesundheit im Pflegebereich gefordert. Hier sehen wir die Staatsregierung in der Pflicht, Informationen zu den schon vorhandenen Optionen und Leistungsangeboten bereitzustellen und diese konsequent weiterzuentwickeln.

Aber zurück zu den Reha-Einrichtungen. Langfristig muss es natürlich unser Ziel sein, weniger Menschen in den Reha-Einrichtungen zu haben – aber aus einem anderen Grund: weil sie nicht mehr so krank werden. Das Ziel der GRÜNEN ist Prävention vor Rehabilitation vor Rente. Das ist auch so im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Was Sie in Ihrem Antrag fordern, wird aktuell in Berlin verhandelt, und unsere Vertreter*innen in Berlin haben die Rehakliniken in Bayern fest im Blick; sie werden eine passgenaue Lösung finden. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Als Nächste hat die Kollegin Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer mit der Bundesregierung zu tun hat, der wartet. Das Wartenlassen als politisches Mittel gegenüber der Bevölkerung ist zutiefst zu kritisieren. Meine Damen und Herren, noch immer gibt es keine Pläne für Herbst und Winter. Der Bund lässt die Menschen im leeren Raum stehen, wo es nur geht: Corona, Energiewende, Inflation usw.

Der Antrag der CSU-Fraktion zeigt, dass der Bund auch beim Thema Rehakliniken liefern müsste. Im Antragstext wird detailliert wiederholt, was abzuarbeiten wäre. Das Kernproblem ist, dass Einrichtungen wie Rehakliniken gerade durch die Corona-Pandemie stark belastet wurden. Ich erinnere an die Schließungen, an fehlende Patienten, Planungslücken, Mitarbeiterschwund und und und. Doch gerade solche Einrichtungen brauchen die Garantie, dass sie da sind, wenn sie von den Menschen gebraucht wer-

den. Die Existenz der Kliniken darf durch globale Ereignisse wie Krieg oder Pandemie nicht gefährdet sein.

Bayern muss weiter Druck machen, wenn es um eine nachhaltige Stärkung des Gesundheitswesens geht; das heißt, der Bund muss eine Verlängerung der Corona-Hilfen bei Minderbelegung bis zum 23.09. und darüber hinaus in pandemischen Lagen gewährleisten.Gleiches gilt für eine Weitergewährung des Hygienezuschlags pro Behandlungstag und die Etablierung eines Nothilfeprogramms für Investitionen. Auch psychosoziale Entlastung von Mitarbeitern in Rehakliniken ist nötig. Das gilt besonders für Einrichtungen der Kinder- und Jugend-Reha. Entsprechende Programme sollten aber – das ist mir persönlich wichtig – speziell in allen Bereichen der Rehabilitation und im gesamten Gesundheitswesen verstärkt werden.

Das Gesundheitswesen ist und bleibt die zentrale Stelle, die politisch noch mehr unterstützt werden muss. Allein in diesem Bereich geht es im Freistaat um 120.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und jährlich um 1,6 Millionen Patienten. Da kann es nicht sein, dass erste Einrichtungen wie die im Landkreis Freyung-Grafenau aus den genannten Gründen bereits schließen mussten.

Lieber Bund, wir und die Menschen da draußen warten wieder einmal. Wir warten auf Fakten von der Bundesregierung.

Der Text des nachgezogenen Dringlichkeitsantrags der FDP ist mir zu schwammig. Ich schlage Ihnen vor: Setzen Sie sich in der Bundesregierung dafür ein, dass das Gesundheitswesen endlich insgesamt gestärkt wird; dazu zählen nicht nur die Reha-Einrichtungen. Selbstverständlich sind die Kliniken aktuell – sie waren es auch in den vergangenen Monaten wegen der Corona-Pandemie – besonders gefordert. Damit müssen wir immer noch umgehen.

Nun können wir beim besten Willen nicht die Hausaufgaben des Bundes hier in Bayern allein komplett finanzieren. Deshalb stimmen wir dem CSU-Dringlichkeitsantrag zu; den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FDP lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass die CSU beim Schreiben dieses Dringlichkeitsantrages durchaus ein schlechtes Gewissen hatte. Wir wissen alle: Zu Corona-Hochzeiten – und daraus resultieren ja die Probleme und die derzeitige Krisenlage bei den Rehakliniken – war die CSU in Berlin mit an Bord; das darf man nicht vergessen. In der Ära Merkel ist das meiste passiert und beschlossen worden. Auch hier in Bayern hat man das ganz willig umgesetzt und voll mitgetragen.

Wir alle kennen die Probleme. Ich selber komme aus der Gesundheitsregion Rosenheim mit Bad Aibling, Bad Feilnbach, Bad Endorf, Prien am Chiemsee mit der Gesundheitswelt Chiemgau, die sehr stark von Rehakliniken geprägt ist. In meinem Bürgerbüro gab es zahlreiche Zuschriften und Anrufe aus diesen Betrieben, aus diesen Kliniken, in denen geschildert wurde, was dort während der Corona-Krise abgelaufen ist. Natürlich hängt das Ganze nach, und natürlich hängt auch das nach, was für die Patienten eigentlich das Schlimmste ist: dass nämlich Operationen, die aufgeschoben wurden, jetzt erst allmählich abgearbeitet werden können. Dazu kommt dann die Lücke im Bereich der Rehakliniken. Deswegen muss man wirklich etwas unternehmen; das ist richtig.

Was wir natürlich nicht mittragen, ist, die Kostensteigerungen jetzt auf den russischen Angriffskrieg zu schieben. – Nein, es ist die EZB-Inflationspolitik gewesen. Aber das ist eine Nebensache, meine Damen und Herren.

Ja, Bayern muss sich auf Bundesebene starkmachen. Bayern muss in Berlin anklopfen; denn in Berlin wurden diese Entscheidungen maßgeblich falsch getroffen.

Ja, wir schließen uns dem Dringlichkeitsantrag der CSU an. Wie Sie weiter unten schreiben, ist die geriatrische Rehabilitation, die für die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit höchste Bedeutung hat, durchaus ein Kernthema. Das ist AfD-Kern-DNA, meine Damen und Herren. Das hat die CSU in der Sache auch völlig richtig erkannt und schön abgeschrieben.

Nichtsdestoweniger: Die Corona-Maßnahmen sind in Berlin beschlossen worden, und wir müssen sie auch dort bekämpfen. Der Bund ist eben genau für diese Sachen zuständig, was die betrieblich-organisatorische Förderung etc. angeht.

Leider hat die FDP das so nicht erkannt. Ihr Dringlichkeitsantrag, der auf die Schnelle nachgezogen wurde, erinnert mich eher an einen Anruf aus Berlin, dass man hier etwas dagegensetzen muss. Hier sollen Mittel des Freistaates für Aufgaben des Bundes verwendet werden. Das ist mit uns natürlich nicht zu machen. Wir schützen unsere bayerischen Steuerzahler davor, dass Bayern diese Aufgaben auch noch übernehmen muss. Deswegen ist das mehr als dilettantisch. Wir lehnen diesen Antrag ab.

Vielen herzlichen Dank. Ich wünsche allen noch eine schöne Sommerpause.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht für die SPD-Fraktion die Kollegin Ruth Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrtes Hohes Haus! Dieser Dringlichkeitsantrag folgt wieder einer klassischen CSU-Architektur. Sie sagen, dass Bayern das Reha-Land Nummer 1 sei, und wollen sich das als Leistung irgendwie auf Ihre Fahnen schreiben können. Sie stellen aber gleichzeitig fest, dass es allein auf die Leistungen des Bundes ankomme, und Sie beschränken sich darauf, Gelder ausschließlich von anderen zu fordern. Das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Die Corona-Pandemie stellt ebenso wie auch die Preissteigerungen in der aktuellen Lage die Branche der Rehakliniken vor Herausforderungen, so wie fast alle anderen Branchen auch. Die Bundesregierung hat deswegen umfangreiche Corona-Hilfsgelder zur Verfügung gestellt und auch dafür gesorgt, dass die deutsche Wirtschaft einigermaßen glimpflich durch die Krise kommt und im Vergleich mit anderen Ländern recht gut dasteht und stabil geblieben ist.

Mit dem COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz erhielten auch die Vorsorge- und Reha-Einrichtungen viel Geld für ihre Ausfälle bei den Bettenbelegungen – insgesamt über 562 Millionen Euro. Darüber hinaus hat auch der Freistaat Bayern im ersten Lockdown für ein paar Monate eigene Gelder aufgebracht und pro Tag und freiem Bett 50 Euro aufgewendet. Das war notwendig, ist aber auch schon eine Weile her. Dies zeigt aber auf alle Fälle, dass Bayern eine ganze Menge tun kann, wenn es darauf ankommt.

Sie fordern in Ihrem Antrag eine Verlängerung der Corona-Hilfen bei Minderbelegung bis 23. September und darüber hinaus und schreiben in Klammern "in pandemischen Lagen". Diese Klammer müssen Sie natürlich streichen. Natürlich geht das nur, wenn es weiterhin eine pandemische Lage gibt. Dies gilt auch für die zweite Forderung der Weitergewährung des Hygienezuschlags. So lange die pandemische Lage gilt, können wir auch mitgehen, ebenso bei Ihrer Forderung nach Programmen zur psychosozialen Entlastung von Mitarbeitenden; denn diese haben eine ganze Menge auf sich genommen und geleistet.

(Beifall bei der SPD)

Was ich allerdings nicht nachvollziehen kann, ist Ihre an den Bund gerichtete Forderung eines Nothilfeprogramms für Investitionen durch die KfW für betrieblich-organisatorische und technologische/technische Anpassungsmaßnahmen. Das hat ja nicht unbedingt etwas mit Corona zu tun. Da geht es um Sanierungen und auch um

Weiterentwicklungen technischer Art, die aber immer anfallen, und das auch nicht nur bei Rehakliniken. Übrigens ist dies auch in die Vergütungspauschalen eingepreist.

Ich lese daraus ein wenig das heraus, was der Bäder-Unternehmer Zwick in einem Brief an mehrere Abgeordnete geschrieben hat. Dazu muss man aber schon sagen, dass es hier um ein privates Unternehmen geht, das auch sonst für Sanierungen, betriebliche-organisatorische und technische Entwicklungen sorgen muss. Dafür gibt es ja die Vergütungsvereinbarung mit den Krankenkassen. Diese sind in der Regel für ein Jahr ausgehandelt. Das ist aber nicht Sache des Bundes und der Steuerzahler.

(Beifall bei der SPD)

Veränderungen des Preisniveaus können ja in die nächsten Vertragsverhandlungen mit einbezogen werden. Ich bin sicher, dass auch die Kranken-, Renten- und Unfallversicherungen genauso wie wir von der SPD ein Interesse an starken, stabilen und leistungsfähigen Reha-Einrichtungen haben. Wir können hier aber keine Lex Zwick machen.

Deswegen ist es auch richtig, dass ein Bericht zur Lage der Rehakliniken in Bayern vorgelegt werden soll, zumal – und das muss man auch noch sagen – auch die jetzige Situation zusätzliche Einnahmemöglichkeiten für die Reha-Einrichtungen bringt, zum Beispiel bei der Behandlung von Long-COVID. Wir hoffen sehr, dass sich Unternehmen auf diese Bedarfe einstellen; dann können sie das auch abrechnen und daran verdienen. Das wäre tatsächlich an der Zeit. Das ist eine unternehmerische Entscheidung, die sinnvoll und wünschenswert wäre. Das muss nicht der Steuerzahler bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Zum Abschluss spricht für die Staatsregierung der Staatsminister Klaus Holetschek.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon interessant: In der vorherigen Debatte um die Stammstrecke gab es eine Empörungsstrategie der Ampel, hier aber weist man alles von sich und sagt, man sei nicht zuständig; der Freistaat könnte ... Das, was Sie hier abziehen, ist schon sehr durchsichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Fakt bleibt doch letztendlich,

(Arif Taşdelen (SPD): Fakt ist, dass Sie seit Dezember hier nur "Berlin, Berlin, Berlin" rufen! Wo waren Sie vorher?)

Herr Kollege, dass wir Reha-Land Nummer 1 sind: mit 247 Rehakliniken und fast 30.000 Betten. Zum Vergleich: Baden-Württemberg hat ungefähr 187 Rehakliniken.Wir sind das Land, das die Rehabilitation im Fokus hat. Ich bin dem Bernhard Seidenath und dem Arbeitskreis sehr dankbar, dass dieses Thema heute zur Sprache kommt.

Frau Kollegin Waldmann, natürlich hat sich der Freistaat im Katastrophenfall engagiert. Natürlich haben wir das getan. Aber wir sind doch nicht der Ausfallbürge einer Politik, die in Berlin versemmelt wird. Das sind wir definitiv nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Arif Taşdelen (SPD): Dieses Problem gibt es seit Dezember!)

Sie haben ja dieses Kasperltheater schon öfter gemacht, auch die FDP, lieber Kollege Spitzer! Auch bei dem Thema Testungen: Da wird ein Gesetz gemacht. Karl Lauterbach möchte das durchsetzen, Lindner pfeift ihn zurück. Dann sagt man, die Tests kosten jetzt drei Euro, und die Länder sollen das zahlen. Das haben übrigens alle Ministerinnen und Minister zurückgewiesen, Kollegin Haubrich, auch Manne Lucha und Kai Klose, beide grüne Minister in Baden-Württemberg und in Hessen.

(Alexander König (CSU): Hört, hört!)

Auch die SPD-Kolleginnen Daniela Behrens und Melanie Leonhard, die ich alle sehr schätze, sind einer Meinung.

(Alexander König (CSU): Ja so was!)

Der Bund muss seiner Verantwortung gerecht werden und darf nicht dauernd dieses Rumgeschiebe auf die Länder praktizieren. Also mit Verlaub!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

So wird es nicht funktionieren. Sie werden aus Berlin keinen kalten Strukturwandel der Krankenhäuser und Rehakliniken machen, weil es Ihnen Freude macht, und die hängen lassen. Das ist doch Fakt.

Wir haben hohe Inflation, wir haben Energiekosten, die steigen. Wir haben in den Krankenhäusern schwierige Situationen, weil Personal ausfällt, und die Kliniken haben keine Sicherheit für die Zukunft, was die Finanzierung angeht. Das ist doch Fakt.

(Arif Taşdelen (SPD): Das wissen Sie seit Dezember!)

Wir sind jetzt das erste Mal nach Berlin eingeladen, um endlich mal an der Lösung der Frage beteiligt zu werden, wie die Krankenhausfinanzierung der Zukunft aussieht. Das erste Mal hat der Expertenkreis es jetzt mal für gut befunden, die, die es nachher umsetzen müssen, mitzunehmen und an der Lösung der Frage zu beteiligen, wie die Krankenhausfinanzierung der Zukunft aussieht.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Sie sind doch verantwortlich für das Thema DRGs.

(Arif Taşdelen (SPD): Warum hat das Spahn nicht gemacht?)

Wir sind für die Investitionen verantwortlich: 643 Millionen Euro bringt der Freistaat für Investitionen auf.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Wir haben vor Kurzem das Jahreskrankenhausbauprogramm auf den Weg gebracht, und da sieht man doch, dass wir da was tun.

(Alexander König (CSU): Vorbildlich!)

Der Bund muss dort, wo er zuständig ist, einfach handeln. Lauterbach kann nicht nur Corona machen.

(Tobias Reiß (CSU): Nicht mal das kann er! – Widerspruch des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Lauterbach muss die großen Themen der Gesundheitspolitik lösen: GKV, Pflegeversicherung, Krankenhausfinanzierung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das kann man nicht auf die lange Bank schieben. Da kann man auch nicht Gesundheitspolitik nach Kassenlage machen. Man kann nicht Lindner sagen lassen, was gut und was richtig ist, um die Menschen in unserem Land gut zu versorgen. Das ist der Maßstab.

(Zurufe des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU) – Gegenrufe des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

– Meine Herren, hören Sie auf, da vorne zu diskutieren. Hören Sie mir lieber zu!

(Heiterkeit und Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Das ist ein guter Vorschlag des Herrn Staatsministers, ihm zuzuhören und nicht sich gegenseitig.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Aufmerksamkeit kurzfristig wieder wechselt, weil ich jetzt sowieso ganz schnell zum Ende komme: Rehabilitation ist wichtig, ist ein wichtiger Pfeiler; übrigens auch die Vorsorge- und Mutter-Kind-Kuren. All diese Themen sind bei uns wirklich gut aufgehoben. Wir brauchen jetzt einen Schutzschirm für die Zukunft. Wir können nicht aus der Pandemie die Dinge auslaufen lassen und einfach sagen, es ist uns egal, was passiert. Jetzt ist die Frage, wie unser Versorgungssystem der Zukunft aussieht. Wir wollen Reha-Land Nummer 1 bleiben, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber vor allem für die Patientinnen und Patienten. Damit sie gut versorgt sind, muss Berlin die Hausaufgaben machen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Tobias Reiß (CSU): Bravo! – Arif Taşdelen (SPD): Und Sie?)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, der Aufforderung, mit dem Staatsminister zu reden, wird jetzt intensiv nachgekommen, und zwar mit drei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von der Kollegin Ruth Waldmann von der SPD.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie hätten sich jetzt gar nicht so zu echauffieren brauchen.

(Staatsminister Klaus Holetschek: Doch!)

Weder lässt der Bund Bayern und die Rehakliniken im Stich, noch wären wir gegen Ihre Forderung. Wir stimmen ja den drei Punkten aus Ihrem Dringlichkeitsantrag insofern zu. Tatsächlich ist es sinnvoll, die notwendigen Pandemiemaßnahmen weiterlaufen zu lassen. Sie sind mehrfach verlängert worden, und sie sollten auch so lange weiter verlängert werden, wie die Pandemie fortbesteht. Da besteht ja überhaupt gar kein Dissens zwischen uns.

Es ist schön, dass Lauterbach Sie jetzt endlich zu diesen grundlegenden Fragen der Finanzierung einlädt. Ich glaube, bei Spahn wäre das vielleicht nicht passiert, jeden-

falls ist es anscheinend nicht passiert, wenn das dann jetzt tatsächlich das erste Mal ist.

Tatsächlich ist es aber etwas anderes bei dem einen Punkt, den Sie hier auch nennen: ein Nothilfeprogramm für betrieblich-organisatorische und technologische/technische Anpassungsmaßnahmen. Da muss man echt sagen: Das ist auch Aufgabe der Einrichtungen. Die bekommen dafür Vergütungspauschalen, die sie selber mit aushandeln, und es gibt eben auch die zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten, wenn sie sich hoffentlich auf die Long-COVID-Behandlung einstellen, wo wir uns wahrscheinlich auch einig sind, dass sie das bitte übernehmen sollen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Kollegin Waldmann, ich freue mich über diese grundsätzliche Zustimmung. Es ist sehr positiv, wenn wir da auch Seite an Seite kämpfen, weil das, glaube ich, notwendig ist.

Ich denke, wir haben in den Rehakliniken das große Problem, dass wir natürlich auch Sonderprogramme und Zusatzprogramme brauchen, wie wir es übrigens auch bei den Krankenhäusern brauchen. Ich glaube, wir sind uns einig: Klimaschutz und Gesundheitsschutz sind wichtige Themen. Unsere Bundesratsinitiative "Green Hospital", die wir aus Bayern eingebracht haben und für die dreimal 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden sollen, um uns da fit zu machen, geht genau in die Richtung.

Übrigens haben wir bei der Reha auch die Telematik-Strukturen in einem Pilotprojekt des Freistaats Bayern mit unterstützt. Wir brauchen da Maßnahmenpakete vom Bund. Wir sind bei den Investitionskosten für die Dinge zuständig, die medizinisch indiziert sind. Ansonsten müssen wir, wie beim Krankenhauszukunftsgesetz übrigens auch, den Weg gehen, dass der Bund Initiativen startet, die wir dann gegebenenfalls unterstützen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Dr. Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich höre Ihnen ja sehr gerne zu. Deshalb habe ich mir gedacht, dass ich auch noch eine Zwischenbemerkung mache. Kein Mensch hat hier in den Redebeiträgen davon gesprochen, dass die Zuständigkeit allein in Bayern liegt. Das ist nicht richtig. Das möchte ich schon korrigiert wissen.

Auf der anderen Seite eint uns natürlich der gemeinsame Kampf für diese Einrichtungen, da sie letztendlich essenziell in der Sekundär- und Tertiär-Prävention sind. Wir haben hier einen Aufgabenbereich, und da würde mich interessieren, was Sie jetzt in der nächsten Zeit vorhaben, um die Kliniken, die Rehakliniken, weiter zu unterstützen.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Also, erst mal freue ich mich auch da, dass wir keinen Dissens haben, dass die Zuständigkeit für diese Maßnahmen, die aber in diesem Dringlichkeitsantrag adressiert sind, tatsächlich in Berlin liegt. Es gibt ja schon eine Verordnungsermächtigung, die man nur noch umsetzen müsste, um das zu verlängern. Ich freue mich nachher natürlich auch, wenn Sie dem Antrag zustimmen.

Wir haben 2019 auf meine Initiative eine Studie zur sozioökonomischen Bedeutung der Rehakliniken in Bayern auf den Weg gebracht. Die liegt vor, und ich kann nur empfehlen, sie mal anzuschauen, weil wir genau da auch Handlungsmatrixen sehen, was wir tun müssen. Wir müssen die Digitalisierung verbessern, auch in der Reha, die Anbindung in diesem Bereich.

Wir müssen darauf achten, dass zum Beispiel Pflegeausbildung auch in den Rehakliniken stattfinden kann. Da ist im Moment ein Defizit. Wir haben immer wieder auch versucht, das zu adressieren. Wir wollen die Kliniken natürlich grundsätzlich aus den Programmen, die wir haben, auch weiter unterstützen. Long-COVID ist angesprochen worden. Die Initiativen zu Long-COVID beziehen übrigens auch Rehakliniken mit ein,

die dann möglicherweise auch als Blaupause für zukünftige Projekte genommen werden können. Wir müssen auch die Orte unterstützen, wo die Rehakliniken sind. Wenn ich es richtig im Kopf habe, befinden sich zwei Drittel der Rehakliniken in Kurorten und Heilbädern. Auch da wollen wir weiter unterstützen und Initiativen zeigen.

Reha ist für uns ein ganz zentrales Thema. Ich würde mir wünschen – das wird sicher auch noch mal eine Initiative sein –, dass wir bei der geriatrischen Reha dazu kommen, dass dafür zum Beispiel die Pflegeversicherung die Finanzierung übernimmt. Da haben wir eine völlig falsche Ausgestaltung. Die müsste das größte Interesse haben, dass die Dinge dort anders ausgestaltet werden, wenn man sagt: Reha vor Pflege.

Es gibt also viel zu tun, und wenn Ihre Unterstützung in Berlin da ist, dann ist das super.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Die dritte Frage kommt von der Kollegin Haubrich.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Klaus, ich habe mich schon gewundert, über die Beschwerde nach Berlin bei der Krankenhausfinanzierung erst jetzt miteinbezogen worden zu sein.

Dass wir mit den Kliniken insgesamt Probleme haben, ist seit sehr vielen Jahren bekannt. Das ist nun wirklich absolut nichts Neues. Auch die Rehakliniken waren schon vor der Pandemie in keinem ganz guten Zustand, sage ich mal. Daher nützt es nichts, nur immer irgendwelche Löcher zu stopfen, sondern ich denke, dass wir prinzipiell etwas ändern müssen. Damit sollten wir möglichst schnell anfangen, und das auch in Bayern, zum Beispiel mit der Krankenhausplanung. Wir schlagen immer vor, dass wir die in einen Landesversorgungsplan umwandeln. Was ist denn da in Zukunft von eurer Seite geplant?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich habe das Thema der Krankenhäuser und der Rehakliniken nur deswegen mitgenommen, auch in Richtung

Berlin, weil wir in der GMK einen einstimmigen Antrag hatten – und darauf warten die Häuser wirklich dringend –, dass der Bund einen Ausgleich für gestiegene Energiekosten und die Inflation schafft. Da haben wir extra von Bayern aus – und das war auch gemeinsam – darauf geachtet, dass Reha-Einrichtungen und Pflegeeinrichtungen mit drin sind. Das muss jetzt passieren. Die warten alle darauf. Die Krankenhäuser sind total verunsichert, weil sie fragen: Was passiert denn mit uns in der Zukunft? – Zusätzlich zu den großen medizinischen Herausforderungen, die ja schon da sind: Personalausfälle. Wir lesen im Moment ja jeden Tag, was passiert: Rettungsleitstellen, die überfordert sind und sich abmelden, und Krankenhäuser.Deswegen kann ich nur dazu raten, die finanzielle Situation zumindest so zu gestalten, dass dort keine Ängste sein müssen, dass Krankenhäuser durch ihr zusätzliches Bemühen irgendwann in eine Schieflage kommen, in der sie nicht mehr weiterwissen. Das ist das große Thema.

Die andere Frage ist, wie die Krankenhausversorgung der Zukunft aussieht. Ich werde jetzt erst mal sehen, was Berlin im Moment an Finanzierungsmodulen vorschlägt. Wie sieht das aus? Gibt es jetzt hybride DRGs? Wie sieht die sektorenverbindende Versorgung aus? Da fehlen noch jegliche Ansätze. Dann werden wir im Freistaat sicher auch in der Frage der weiteren Investitionen gemeinsam einen Weg gehen, wo wir sagen: Gute Versorgung in einer Region kann verschiedene Facetten haben. Da gehören Therapie, der niedergelassene Arzt und immer mehr Pflege dazu. Das muss alles in einem Programm zusammengeführt werden. Aber kurzfristig würde ich mir wünschen, dass aus Berlin Signale für die Häuser kommen, dass Energiekosten und Inflation ausgeglichen werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die beiden Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/23713 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie die Abgeordneten Klingen (fraktionslos) und Bayerbach (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die FDP-Fraktion, der Kollege Plenk (fraktionslos) und die Fraktion der GRÜNEN. Enthaltung! – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/23760 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FDP, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie die drei fraktionslosen Abgeordneten Plenk, Klingen und Bayerbach. Enthaltung? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.